

Niederschrift (Öffentlicher Teil) Sitzung des Mobilitätsausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 24.08.2023
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:30 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Monika Annette Wenzel

Bemerkung

Gremienmitglieder

Name

Peter Blum

Gaby Breuer

Dr. Sebastian Breuer

Wilfried Fischer

Daniel Hecker

Kaj Neumann

Dirk Szagunn

Renate Wallraff

Dr. Heike Wolf

Laurenz Lehmann

Jörg Hans Lindemann

Jasper Nalbach

Dr. Andreas Nositschka

Leona Piana

Dr.-Ing. Jan van den Hurk

Rolf Winkler

Bemerkung

Vertretung für: Ratsherr Tjark Zimmer
bis 18:00 Uhr

Vertretung für: Ratsfrau Renate Wallraff

Vertretung für: Herrn Burkhard Fahl

Vertretung für: Herrn Nicolai Vincent Radke

Vertretung für: Herrn Stefan Dussin

sachkundige Bürger*innen/ Einwohner*innen

Name

Jörg Veltrup

Bemerkung

Abwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Tjark Zimmer	entschuldigt
Stefan Dussin	entschuldigt
Burkhard Fahl	entschuldigt
Christian Hofmann	entschuldigt
Nicolai Vincent Radke	entschuldigt
Eyüp Özgün	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der öffentlichen Niederschrift vom 01.06.2023	
3	Parken in Aachen, Ergebnisse des gesamtstädtischen Parkraumgutachtens	FB 61/0714/WP18
4	Quartiersparken in Aachen, Ergebnisse des Gutachtens „Gesamtkonzept Quartiersparken“	FB 61/0715/WP18
5	Anpassung der Gebühren für die Erteilung von Bewohnerparkausweisen Hier: Staffelung der Gebühren	FB 61/0685/WP18
5.1	Anpassung der Gebühren für die Erteilung von Bewohnerparkausweisen Hier: Staffelung der Gebühren	FB 61/0685/WP18-1
6	A544 - Erneuerung der Haarbachtalbrücke Anpassungen im städtischen Straßennetz, Verkehrslenkung, ÖPNV, Informations- und Kommunikationsmanagement	FB 61/0739/WP18
7	Mobilitätskonzept Aachen-Brand, Vorstellung der Ergebnisse	FB 61/0718/WP18
8	Radhauptnetz	FB 61/0701/WP18
9	Rad-Vorrang-Route Vaals und Premiumfußweg Westpark - Umgestaltung der Lochnerstraße (Programmberatung)	FB 61/0713/WP18
10	Barrierefreiheit im Straßenraum, Überarbeitung der Standards	FB 61/0679/WP18
10.1	Barrierefreiheit im Straßenraum: Überarbeitung der Standards - Ergänzungsvorlage	FB 61/0738/WP18
11	Sachstandsbericht und Ergebnisse Fußverkehrs-Check (Durchführungszeitraum 04/2022 - 10/2022)	FB 61/0708/WP18
12	Vorstellung Ergebnisse Gutachten Fahrradparken Rothe Erde und Westbahnhof	FB 61/0719/WP18
13	Pilotversuch kleine Fahrradabstellanlagen im Quartier Bürgerantrag zu gesichertem Fahrradparken im Johannistal	FB 61/0652/WP18

TOP	Betreff	Vorlage
14	Turmstraße (im Abschnitt Maastrichter Straße bis Pontwall) Anpassung der Straßenraumaufteilung	FB 61/0731/WP18
15	Protected Bike Lane in der Saarstraße: Evaluation der temporären Verkehrsfreigabe	FB 61/0730/WP18
16	Rombachstraße – Ertüchtigung von Radverkehrsanlagen im Zuge der Rad-Vorrang-Route Brand Planungsbeschluss	FB 61/0671/WP18
17	Gewerbepark Brand, Signalisierung der BAB-Unterführung	FB 61/0699/WP18
18	Bewohnerparken "ERZ" (Erzbergeralle) Ergebnisse der Voruntersuchung	FB 61/0710/WP18
19	Bewohnerparken "BU 4" (Kalverbenden) Ergebnisse der Voruntersuchung	FB 61/0711/WP18
20	Bewohnerparken "BU 5" (Malmedyer Straße) - Ergebnisse der Voruntersuchung	FB 61/0695/WP18
21	Sachstand Umweltfreundliche Taxiflotte – Antrag zur Tagesordnung der Fraktion „Die Linke“ vom 14.06.2023	FB 61/0724/WP18
22	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Wenzel begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreter*innen von Verwaltung, Öffentlichkeit und Presse. Sie stellt fest, dass die Einladung fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zur Tagesordnung trägt Herr Neumann vor, dass es zu den Punkten 10, 10.1, 14 und 15 noch Beratungsbedarf in der Fraktion gebe, daher beantrage man die Vertagung auf die nächstmögliche Sitzung.

Der Ausschuss beschließt auf Antrag der Fraktion der Grünen einstimmig, die folgenden Tagesordnungspunkte auf die Sondersitzung des Ausschusses am 31.08.2023 zu vertagen:

TOP 10: Barrierefreiheit im Straßenraum, Überarbeitung der Standards

TOP 10.1: Barrierefreiheit im Straßenraum: Überarbeitung der Standards – Ergänzungsvorlage

TOP 14: Turmstraße (im Abschnitt Maastrichter Straße bis Pontwall) Anpassung der Straßenraumaufteilung

TOP 15: Protected Bike Lane in der Saarstraße: Evaluation der temporären Verkehrsfreigabe

Frau Wenzel teilt mit, dass Herr Dr. Frehn, der zu den Tagesordnungspunkten I/3 und I/4 vortragen solle, sich verspäten werde, so dass sie vorschlage, den TOP I/8 – Radhauptnetz – vorzuziehen und direkt nach der Genehmigung der Niederschrift zu beraten.

Mit diesem Vorgehen erklärt sich der Ausschuss einverstanden.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Zu 2 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift vom 01.06.2023 ungeändert beschlossen

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 01.06.2023, öffentlicher Teil.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 2 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit

**Zu 3 Parken in Aachen, Ergebnisse des gesamtstädtischen Parkraumgutachtens
 ungeändert beschlossen
 FB 61/0714/WP18**

Herr Dr. Frehn vom beauftragten Büro Planersocietät präsentiert die Ergebnisse des Gutachtens. Die dem Vortrag zugrunde liegende Präsentation steht im Ratsinformationssystem zur Verfügung.

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Dr. van den Hurk allen Beteiligten seinen Dank aus. Das Gutachten bestätige, dass es in Aachen insgesamt kein Parkplatzproblem gebe, dass man aber an vielen Stellen genau hinschauen müsse. Nun liege eine gute Datengrundlage für die Beurteilung von konkreten Situationen vor, damit komme man einen wichtigen Schritt weiter. Seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen und wolle die ausgesprochenen Empfehlungen zügig umsetzen. Bei den Einzelmaßnahmen bitte man, auch die Eigentümer*innen einzubeziehen.

Herr Neumann schließt sich für die Fraktion der Grünen dem Dank an. Parken sei ein wichtiger Anspruch an den öffentlichen Raum, aber auch andere Belange müssten Berücksichtigung finden. Letztlich müsse immer eine Abwägung stattfinden, und dafür verfüge man zukünftig über eine sehr gute Grundlage. Von großer Bedeutung sei nun die Kommunikation in Richtung privater Akteur*innen und Eigentümer*innen. Für wichtig halte man auch die Verbesserung des P+R-Angebots, das zudem in der Öffentlichkeit deutlicher dargestellt werden müsse. Hierzu bitte man zu prüfen, ob nicht eine Aufnahme ins Geodatenportal sinnvoll sein könne.

Herr Dr. Nositschka kündigt für die Fraktion Die Linke ebenfalls Zustimmung zur Vorlage der Verwaltung an. Auffällig sei aus seiner Sicht die dargestellte Fehlnutzung von privaten Garagen, hier stelle sich die Frage, ob und wie es gelingen könne, zumindest einen Teil wieder in die eigentliche Nutzung zu bringen.

Herr Blum erläutert, dass aus Sicht der FDP-Fraktion keine Notwendigkeit ersichtlich sei, das Parkplatzangebot im öffentlichen Raum immer weiter zu reduzieren. Im Gegenteil sei man der Auffassung, dass Parkplätze in ausreichender Zahl vorhanden sein müssten, da viele Anwohner*innen auf ein Auto angewiesen seien. Die Reduzierung des Angebots löse zusätzliche Schleich- und Parksuchverkehre aus, diese negativen Konsequenzen müssten auch bedacht werden. Seine Fraktion wolle das vorgestellte Konzept daher nicht weiter verfolgen.

Frau Strack weist darauf hin, dass in Aachen nur 2% aller Parkplätze für behinderte Menschen zu Verfügung stünden. In anderen europäischen Ländern sei diese Quote deutlich höher. Aus Sicht der AG Behindertenhilfe sei eine Verdoppelung der heute 130 Behindertenparkplätze in der Innenstadt notwendig. Auch müssten die Belange von Senior*innen in einer solchen Untersuchung besonders berücksichtigt werden, damit man Lösungen finden könne, um diesen Personenkreis am öffentlichen Leben in der Stadt teilhaben lassen zu können.

Für die CDU-Fraktion kritisiert Frau Breuer, dass das Gutachten kaum neue Erkenntnisse bringe. Bereits vor Jahren habe man Versuche unternommen, Quartiersparken beispielsweise im Frankenberger Viertel zu etablieren. Mangels Akzeptanz in der Anwohnerschaft habe jedoch keiner dieser Ansätze Erfolg gehabt. Auch die Nutzung von Supermarkt-Parkplätzen sei häufig diskutiert, aber nie erfolgreich umgesetzt worden. Eine Beschlussfassung heute halte man für verfrüht und beantrage daher, die Ausführungen heute nur zur Kenntnis zu nehmen und das Gutachten zunächst in den Fraktionen zu diskutieren.

Frau Burgdorff kündigt an, dass die Verwaltung quartiersbezogene Strategien und entsprechende Maßnahmenpakete erarbeiten und diese zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen werde.

Die Vorsitzende stellt den Antrag der CDU-Fraktion, den Bericht der Verwaltung nur zur Kenntnis zu nehmen zur Abstimmung.

Der Antrag wird bei 11 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung die gutachterlichen Empfehlungen zur Reduzierung und Verlagerung des Straßenrandparkens in der Stadt Aachen bei den weiteren Planungen zu berücksichtigen, die aufgezeigten Einzelmaßnahmen weiter auszuarbeiten und den politischen Gremien zur Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen

**Zu 4 Quartiersparken in Aachen, Ergebnisse des Gutachtens „Gesamtkonzept Quartiersparken“
 ungeändert beschlossen
 FB 61/0715/WP18**

Herr Dr. Frehn vom beauftragten Büro Planersocietät stellt die Ergebnisse des Gutachtens vor. Auf Nachfrage von Frau Breuer erläutert er die Methodik der Untersuchung, mit der der Parkraumbedarf ermittelt und mit anderen Bedarfen verschnitten worden sei. Ziel sei es, die Bedarfe soweit wie möglich zu berücksichtigen und dabei Möglichkeiten zur Aufenthaltsverbesserung zu identifizieren.

Herr Dr. van den Hurk begrüßt die Ergebnisse des Gutachtens, mit dem nun ein Werkzeug vorliege, um Bedarfe objektiver beurteilen zu können. In bisherigen Diskussionen, beispielsweise zur Lintertstraße, habe häufig die Datengrundlage gefehlt, um Entscheidungen besser zu begründen. Für zukünftige Maßnahmen werde man über eine solche Basis verfügen, damit sei eine wesentliche Verbesserung möglich. Gleichzeitig sei damit aber auch mehr Ehrlichkeit in den Diskussionen möglich und nötig, für die SPD-Fraktion habe dabei das Ziel der lebenswerten Stadt für alle oberste Priorität.

Für die FDP-Fraktion erklärt Herr Blum, dass man die hinter dem Gutachten stehende Idee zwar für gut und richtig halte, die Ergebnisse müsse man aber leider als eher theoretischer Natur bewerten. Auf die Nutzung der privaten Stellplätze habe man wenig Einfluss, Veränderungen könne man hier nicht erzwingen.

Herr Lindemann verweist auf den Umfang der Vorlage und schlägt für die CDU-Fraktion vor, die Ausführungen heute lediglich zur Kenntnis zu nehmen, um vor einer inhaltlichen Beschlussfassung eine Beratung in den Fraktionen zu ermöglichen. Konkret zur Lintertstraße stelle sich für ihn die Frage, ob aufgrund des Gutachtens nun beabsichtigt sei, den gefundenen Kompromiss nochmals zur Diskussion zu stellen. Dies lehne seine Fraktion in jedem Fall ab.

Herr Neumann betont, dass heute kein Beschluss über konkrete Maßnahmen gefasst werden solle, auch nicht zur Lintertstraße. Beabsichtigt sei, die Grundlage für eine gesamtstädtische Strategie für zukünftige Maßnahmen zu schaffen. In diesem Sinne werde die Fraktion der Grünen dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen.

Herr Dr. Nositschka signalisiert für die Fraktion Die Linke ebenfalls Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung. Konkrete Maßnahmen spielten in der heutigen Beratung keine Rolle, eine Diskussion zur Lintertstraße sei jetzt nicht mehr zielführend. Jede Einzelmaßnahme werde auch zukünftig mit Varianten zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt, allerdings sei die Datenlage für die Abwägung dann eine bessere.

Auf Nachfrage von Herrn Veltrup zur Situation im Frankenberger Viertel berichtet Frau Burgdorff über den Stand der Gespräche hinsichtlich der AachenArkaden und des Moltkebahnhofs. Grundsätzlich sei man bemüht, die Kräfte dort zu konzentrieren, wo sich realistische Möglichkeiten böten.

Für die AG Behindertenhilfe weist Frau Strack darauf hin, dass bei einer quartiersbezogenen Betrachtung Menschen mit Behinderungen besonders berücksichtigt werden müssen. Zudem kritisiert sie die Verwendung der Formulierung „funktionierende“ Gehwegbreiten und regt an, stattdessen den Begriff „barrierefrei“ zu verwenden.

Herr Dr. Frehn stellt klar, dass aus Sicht der Gutachter eine Gehwegbreite von 2,70m gemeint sei, um Begegnungsverkehre von mobilitätseingeschränkten Personen zu ermöglichen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung die dargestellten konzeptionellen Ansätze bei der Überprüfung weiterer Quartiere zu berücksichtigen und in eine „Gesamtstrategie Parken“ aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 4 Enthaltungen

Zu 5 Anpassung der Gebühren für die Erteilung von Bewohnerparkausweisen Hier: Staffelung der Gebühren
geändert beschlossen
FB 61/0685/WP18

Für die Fraktion der Grünen vertritt Herr Neumann die Auffassung, dass es dringend erforderlich sei, beim Thema Parken einen Schritt hin zu mehr Flächen-Kosten-Gerechtigkeit zu schaffen und so die Steuerung des Mobilitätsverhaltens zu verstärken. Dazu habe die Fraktion der Grünen gemeinsam mit der SPD-Fraktion einen Beschlussantrag erarbeitet, in dem die jährliche Gebührenhöhe nach der Fläche, die ein Fahrzeug in Anspruch nehme, differenziert werden solle. Die Beantragung solle möglichst unkompliziert online ermöglicht werden. Unabhängig von der Neuregelung der Bewohnerparkgebühren solle die Verwaltung beauftragt werden, als sozialen Ausgleich die Ausgabe von Mobilitätsbudgets per movA-App an Bürger*innen mit Aachen-Pass, Wohngeldempfänger*innen oder mit Schwerbehindertenausweis mit Merkzeichen G bzw. AG zu prüfen. Man sei davon überzeugt, dass damit ein ausgewogener Vorschlag vorliege, der alle Belange nach Möglichkeit berücksichtige.

Herr Dr. van den Hurk weist darauf hin, dass an den knappen und wertvollen öffentlichen Straßenraum zahlreiche Ansprüche gestellt würden, die nicht alle in vollem Umfang bedient werden könnten. Mit der vorgeschlagenen Regelung hoffe auch die SPD-Fraktion, Anreize zu schaffen für das Parken in Parkhäusern oder Garagen und insgesamt Spielraum zu gewinnen für andere Bedarfe, wie z.B. für viele Wünsche im Bereich des ÖPNV. Mit dem Mobilitätsbudget wolle man Menschen mit geringerem Einkommen unterstützen, so dass diese durch die neue Regelung nicht benachteiligt würden. Letztlich solle die breite Bevölkerung profitieren könne, und nicht die Gruppe der Autofahrenden subventioniert werden, wie es aktuell noch der Fall sei..

Herr Dr. Nositschka äußert für die Fraktion die Linke Zustimmung zu dem Beschlussantrag. Da eine Kategorisierung der Gebühren nach Gewicht bzw. Motorisierung aus rechtlichen Gründen nicht möglich sei, halte man die Differenzierung nach Fläche für die nächst beste Lösung. Zusätzlich beantrage man gemeinsam mit der Fraktion Die Zukunft, eine Möglichkeit zu schaffen, den Ausweis mit einer Gültigkeit von wahlweise drei, sechs oder zwölf Monaten zu beantragen, um einkommensschwächere Haushalte zu entlasten.

Herr Lindemann kündigt an, dass die CDU-Fraktion den vorgetragenen Beschlussanträgen nicht zustimmen werde. Die Gebührenhöhe, die sich für einen normalen PKW wie beispielsweise einen VW-Polo nach diesem Vorschlag errechne, halte man für viel zu hoch.

Frau Breuer ergänzt hierzu, dass gerade Familien mit Kindern, die auf ein größeres Fahrzeug angewiesen seien, durch die vorgeschlagene Regelung stark benachteiligt würden. Zudem müsse man, wenn man schon die Fläche zur Grundlage der Berechnung mache, auch andere Verkehrsmittel wie beispielsweise Lastenräder, anders betrachten und zur Gebührenzahlung heranziehen.

Herr Blum erklärt, dass auch die FDP-Fraktion einer Gebührenerhebung auf der vorgeschlagenen Grundlage nicht zustimmen werde. Gerade für ältere Menschen, die in der Innenstadt lebten und auf ein Fahrzeug angewiesen seien, sei ein solcher Betrag oftmals nicht tragbar. Zudem verursache das Konzept nach seiner Einschätzung einen zusätzlichen Bürokratieaufwand, der bei ohnehin knappen personellen und finanziellen Ressourcen nicht vertretbar sei.

Aus Sicht der AG Behindertenhilfe bittet Frau Strack darum, für die Beantragung des Mobilitätsbudgets auch eine analoge Möglichkeit zu schaffen, da die MovA-App nicht für alle komfortabel zu bedienen sei. Zudem rege man an zu prüfen, ob nicht ein Pflegegrad 3 oder höher auch als Kriterium für einen Anspruch gelten könne.

Nach einer ausführlichen Diskussion, an der sich seitens des Ausschusses Frau Breuer, Frau Strack, die Herren Neumann, Dr. van den Hurk, Dr. Nositschka, Lindemann, Blum, Zimmer und Dr. Breuer beteiligen, stellt die Vorsitzende den Beschlussantrag der Fraktionen Grüne und SPD sowie den Ergänzungsantrag der Fraktionen Die Linke und die Zukunft zur Abstimmung.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Vorschlag der Verwaltung zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, eine Verordnung über die Erhebung der Gebühren für Bewohnerparkausweise (Bewohnerparkausweisgebührenordnung) zu erstellen.

In der Verordnung soll die Gebühr für den Bewohnerparkausweis nach der Fläche, die durch ein Fahrzeug belegt wird, differenziert werden. Die jährliche Gebührenhöhe soll sich nach folgender Formel bemessen:

$$\text{Fahrzeuglänge} \times \text{Fahrzeugbreite} \times 30 \text{ Euro/qm}$$

Länge und Breite eines Fahrzeugs sollen anhand der Angaben im Fahrzeugschein ermittelt werden. Die Beantragung soll online möglich sein. Die Ermittlung der Länge und Breite eines Fahrzeugs soll zunächst durch Selbstauskunft erfolgen. Eine automatisierte Prüfung der Angaben soll parallel entwickelt werden.

Die Verordnung soll ab dem 01.01.2024 für neu zu beantragende Bewohnerparkausweise gelten.

Die Verwaltung wird des Weiteren beauftragt, gemeinsam mit den Parkhausbetreibern im Stadtgebiet Aachen ein vergünstigtes Angebot für Bewohnerparkausweisinhaber*innen zu entwickeln.

Unabhängig von der Neuregelung der Bewohnerparkgebühren wird die Verwaltung beauftragt, die Ausgabe von Mobilitätsbudgets per movA-App an Bürger*innen mit Aachen-Pass, Wohngeldempfänger*innen oder mit Schwerbehindertenausweis mit Merkzeichen G bzw. AG zu prüfen. Das Mobilitätsbudget soll ab dem 01.01.2024 beantragt werden können.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, mit Beginn der Gültigkeit der neuen Verordnung eine Beantragung des Ausweises mit einer Gültigkeit von wahlweise drei, sechs oder zwölf Monaten zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen

Zu 5.1 Anpassung der Gebühren für die Erteilung von Bewohnerparkausweisen Hier: Staffelung der Gebühren
geändert beschlossen
FB 61/0685/WP18-1

s. TOP I/5

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Vorschlag der Verwaltung zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, eine Verordnung über die Erhebung der Gebühren für Bewohnerparkausweise (Bewohnerparkausweisgebührenordnung) zu erstellen.

In der Verordnung soll die Gebühr für den Bewohnerparkausweis nach der Fläche, die durch ein Fahrzeug belegt wird, differenziert werden. Die jährliche Gebührenhöhe soll sich nach folgender Formel bemessen:

$$\text{Fahrzeuglänge} \times \text{Fahrzeugbreite} \times 30 \text{ Euro/qm}$$

Länge und Breite eines Fahrzeugs sollen anhand der Angaben im Fahrzeugschein ermittelt werden. Die Beantragung soll online möglich sein. Die Ermittlung der Länge und Breite eines Fahrzeugs soll zunächst durch Selbstauskunft erfolgen. Eine automatisierte Prüfung der Angaben soll parallel entwickelt werden.

Die Verordnung soll ab dem 01.01.2024 für neu zu beantragende Bewohnerparkausweise gelten.

Die Verwaltung wird des Weiteren beauftragt, gemeinsam mit den Parkhausbetreibern im Stadtgebiet Aachen ein vergünstigtes Angebot für Bewohnerparkausweisinhaber*innen zu entwickeln.

Unabhängig von der Neuregelung der Bewohnerparkgebühren wird die Verwaltung beauftragt, die Ausgabe von Mobilitätsbudgets per movA-App an Bürger*innen mit Aachen-Pass, Wohngeldempfänger*innen oder mit Schwerbehindertenausweis mit Merkzeichen G bzw. AG zu prüfen. Das Mobilitätsbudget soll ab dem 01.01.2024 beantragt werden können.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, mit Beginn der Gültigkeit der neuen Verordnung eine Beantragung des Ausweises mit einer Gültigkeit von wahlweise drei, sechs oder zwölf Monaten zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen

**Zu 6 A544 - Erneuerung der Haarbachtalbrücke Anpassungen im städtischen Straßennetz, Verkehrslenkung, ÖPNV, Informations- und Kommunikationsmanagement
ungeändert beschlossen
FB 61/0739/WP18**

Herr Hamblock erläutert die Vorlage der Verwaltung und stellt den heutigen Sachstand vor. Frau Dr. Driessen berichtet für die ASEAG über die Entwicklungen in Bezug auf die ÖPNV-Maßnahmen.

Frau Weyand informiert den Ausschuss über die aktuellen und kurzfristig geplanten Maßnahmen der Autobahn GmbH. Man beobachte die Situation aufmerksam und sei bemüht, bei sich abzeichnenden Konflikten und Problemen möglichst zügig in Zusammenarbeit mit den Kommunen und der ASEAG nachzusteuern.

Frau Strehle stellt als erstes Fazit dar, dass die Situation zwar ein deutliches Stressmoment aufgrund der vorgezogenen Maßnahmen aufweise, man aber auch wichtige Erkenntnisse gewinne, die man im Hinblick auf die Vollsperrung zum 15.01.2024 bereits berücksichtigen könne.

Auf Nachfrage aus dem Ausschuss erläutert sie, dass eine in zwei Richtungen nutzbare Busspur aufgrund der Komplexität der notwendigen Schaltung der Lichtsignalanlagen in der Kürze der Zeit nicht umsetzbar sei.

Herr Fischer regt an, eine doppelte Einhausung am Nirmmer Weg zu prüfen, so dass Fuß- und Radverkehr getrennt werden könnten. Zudem plädiert er dafür darauf hinzuwirken, dass die EuregioBahn nach Stolberg über die Hauptachse weiter bis Eschweiler HBF geführt werden könne.

Frau Wenzel dankt allen Beteiligten für die Information und die schnelle Reaktion auf die aktuellen Entwicklungen und bittet darum, den Ausschuss über die weiteren Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der in städtischer Verantwortung liegenden Teilmaßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Zu 7 Mobilitätskonzept Aachen-Brand, Vorstellung der Ergebnisse
 ungeändert beschlossen
 FB 61/0718/WP18**

Herr Blum berichtet über die Beratung in der Bezirksvertretung Aachen-Brand und schlägt für die FDP-Fraktion vor, die Verwaltungsvorlage entsprechend der Empfehlung aus dem Bezirk lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Fischer erläutert, dass nach seinem Verständnis der Beschlussfassung die Bezirksvertretung das Konzept grundsätzlich begrüße, aber den Wunsch habe, die Priorisierung der Einzelmaßnahmen selbst vorzunehmen.

Herr Dr. Nositschka weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung eigene Beschlusszuständigkeiten habe. Unabhängig davon könne für die Maßnahmen in der Beschlusszuständigkeit des Mobilitätsausschusses aus seiner Sicht der von der Verwaltung vorgeschlagene Beschluss gefasst werden.

Nach einer kurzen Diskussion, an der sich seitens des Ausschusses die Herren Blum, Neumann, Fischer, Dr. van den Hurk und Dr. Nositschka sowie seitens der Verwaltung Herr Müller beteiligen, fasst den Ausschuss den folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Umsetzungskonzept insbesondere in Bezug auf kurzfristig realisierbare Maßnahmenvorschläge unter Berücksichtigung von Ergebnissen der politischen Beratung weiter auszuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Zu 8 Radhauptnetz
 ungeändert beschlossen
 FB 61/0701/WP18**

Herr Blase vom Büro AB Stadtverkehr stellt die wesentlichen Ergebnisse des Gutachtens zum Entwurf eines Radhauptnetzes für Aachen vor. Die dem Vortrag zugrunde liegende Präsentation steht im Ratsinformationssystem zur Verfügung.

Herr Neumann bedankt sich für das aus Sicht der Fraktion der Grünen sehr gute Konzept, mit dem eine wichtige Grundlage geschaffen werde, um Einzelmaßnahmen in eine Gesamtstrategie einzubinden und diesen Zusammenhang auch in der Kommunikation mit den Planungsbetroffenen und der Öffentlichkeit deutlich zu machen. Man werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen und hoffe auf eine zügige Umsetzung.

Herr Dr. van den Hurk kündigt auch für die SPD-Fraktion Zustimmung zur Verwaltungsvorlage an. Die schwierige Einbindung von Verbänden und Stakeholdern im Prozess sei gut gelungen, so dass man nun eine planerische Basis habe, die die Entscheidungsfindung zu Einzelmaßnahmen deutlich erleichtern könne.

Für die CDU-Fraktion beurteilt Herr Lindemann den vorgestellten Entwurf als gute Planungsgrundlage. Nach vielen Diskussionen um die Einordnung von Einzelmaßnahmen könne man hierzu nun endlich auf konzeptionelle Aussagen zurückgreifen.

Herr Blum signalisiert für die FDP-Fraktion ebenfalls Zustimmung. Insbesondere die vorgestellten Hierarchiestufen halte man für sehr sinnvoll, da damit die angesichts von begrenzten Ressourcen dringend notwendige Priorisierung der Maßnahmen vorgegeben werde.

Als Vertreterin der AG Behindertenhilfe betont Frau Strack die Bedeutung der taktilen Wahrnehmung für sehbehinderte Menschen und bittet darum, dies in der weiteren Ausgestaltung insbesondere dort zu berücksichtigen, wo Fußwege gekreuzt würden.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt das Radhauptnetz als Grundlage für den zukünftigen Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur in Aachen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Zu 9 Rad-Vorrang-Route Vaals und Premiumfußweg Westpark - Umgestaltung der Lochnerstraße
(Programmerberatung)
 ungeändert beschlossen
 FB 61/0713/WP18**

Als Vertreterin der AG Behindertenhilfe betont Frau Strack, dass für die in Stufe 1 geplante Anrammung an der Ecke Lochnerstraße/ Gartenstraße eine eindeutige Beschilderung oder eine bauliche Lösung erforderlich sei. Aus ihrer Sicht ebenfalls notwendig seien getrennte Querungsfurten für den Fuß- und den Radverkehr. Für Stufe 2 sei aus Sicht der Behindertenhilfe Variante 3 zu präferieren. Insgesamt plädiere man dafür, mehr Sitzbänke aufzustellen, die Einbauten kontrastreich zu gestalten und Din-gerechte Behindertenparkplätze anzulegen. Man bitte darum, diese Belange im weiteren Prozess geeignet darzustellen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, eine Bürger*innenbeteiligung zur Umgestaltung der Lochnerstraße auf Basis der vorgestellten Varianten durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zu 10 Barrierefreiheit im Straßenraum, Überarbeitung der Standards
vertagt
FB 61/0679/WP18

Zu 10.1 Barrierefreiheit im Straßenraum: Überarbeitung der Standards - Ergänzungsvorlage
vertagt
FB 61/0738/WP18

Zu 11 Sachstandsbericht und Ergebnisse Fußverkehrs-Check (Durchführungszeitraum 04/2022 - 10/2022)
ungeändert beschlossen
FB 61/0708/WP18

Für die SPD-Fraktion sieht Herr Dr. van den Hurk die Ergebnisse als durchaus ermutigend an. Es stelle sich nun allerdings die Frage, wie es gelingen könne, diese Ergebnisse auch in den Arbeitsalltag zu integrieren.

Frau Nowak als Projektleiterin stellt hierzu da, dass die Verwaltung insbesondere auf eine breite Information und eine Sensibilisierung für die Belange des Fußverkehrs setze. Zudem sei die Entwicklung eines Prozesses zur Integration in laufende Projekte beabsichtigt.

Herr Dr. Frehn ergänzt, dass die vorgestellten Ergebnisse eine gute Grundlage für eine systematische Förderung des Fußverkehrs bilden könnten, um die aufgeführten Mängel anzugehen. Aufgrund der großen Erwartungshaltung empfehle sich aus seiner Sicht eine programmatische Herangehensweise.

Frau Burgdorff betont die große Bedeutung des Themas. Nach der jetzt erfolgten Betrachtung auf der Netzebene arbeite man an der strategischen Ausrichtung und an einem Maßnahmenpaket, welches man dem Ausschuss zur Beratung vorlegen werde.

Auf Nachfrage von Frau Breuer zu den erforderlichen Personalkapazitäten erläutert sie, dass es Ziel sei, so weit wie möglich ohnehin anstehende und zu bearbeitende Projekte einzubeziehen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den vorliegenden Sachstandsbericht über die Ergebnisse des Fußverkehrs-Checks zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, die vorgeschlagenen Maßnahmen weiter auszuarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Zu 12 Vorstellung Ergebnisse Gutachten Fahrradparken Rothe Erde und Westbahnhof
 ungeändert beschlossen
 FB 61/0719/WP18**

Herr Neumann begrüßt die Vorlage der Verwaltung und äußert für die Fraktion der Grünen Unterstützung für das vorgeschlagene Vorgehen, mit dem auch ein wichtiges Anliegen des Radentscheids voran gebracht werden könne. Die in Aussicht stehende finanzielle Unterstützung durch Fördermittel sei wichtig, wobei man diese vorrangig am Bahnhof Rothe Erde einsetzen wolle, da dort die kritischere Situation herrsche. Für den Westbahnhof bitte man auch über niederschwellige Angebote nachzudenken und zu prüfen, ob die Nutzung von Plätzen im C.A.R.L eine Option sein könne.

Als Vertreterin der AG Behindertenhilfe bittet Frau Strack darum, vorhandene Behindertenparkplätze unbedingt zu erhalten oder wenn möglich sogar auszuweiten.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Vorstellung der Ergebnisse zum Gutachten Fahrradparken Rothe Erde und Westbahnhof zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Zu 13 Pilotversuch kleine Fahrradabstellanlagen im Quartier
 Bürgerantrag zu gesichertem Fahrrad-
 parken im Johannistal
 ungeändert beschlossen
 FB 61/0652/WP18**

Für die Fraktion Die Linke dankt Herr Dr. Nositschka für die Vorlage und bittet darum, über die Ergebnisse des Versuchs im Ausschuss zu berichten. Im Bürgerforum sei ein dringender Bedarf dargestellt worden, eine Evaluierung halte man daher für wichtig.

Als Vertreterin der AG Behindertenhilfe betont Frau Strack die Notwendigkeit eines klaren Radwegeverlaufs, der optisch und taktil wahrnehmbar sei. Ein kritischer Punkt aus ihrer Sicht sei dabei die Querung der Vennbahn, insbesondere im Bereich der Haltestelle. Hierauf bitte man besonderes Augenmerk zu richten.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und fasst den Planungsbeschluss für die Umgestaltung der Rombachstraße gemäß Variante 1.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Zu 17 Gewerbepark Brand, Signalisierung der BAB-Unterführung
 ungeändert beschlossen
 FB 61/0699/WP18**

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss beschließt die Signalisierung der Unterführung der Autobahn (BAB 44) im Gewerbepark Brand.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Zu 18 Bewohnerparken "ERZ" (Erzbergeralle) Ergebnisse der Voruntersuchung
 ungeändert beschlossen
 FB 61/0710/WP18**

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, für die in seiner Zuständigkeit liegenden Straßen eine Planung zur Einrichtung der Bewohnerparkzone „ERZ“ (Erzbergerallee) zu erstellen und diese in einer Informationsveranstaltung den Bürger*innen vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Auf Nachfrage von Herrn Lindemann stellt Herr Müller kurz den Stand der Gespräche mit den Taxiunternehmen dar. Bei einer entsprechenden Beschlussfassung werde die Verwaltung die Abstimmungen wieder aufnehmen.

Zur Anregung von Herrn Neumann, zu prüfen inwieweit die Ausstattung der Fahrzeuge bei der Konzessionsvergabe berücksichtigt werden kann, erläutert er, dass nach aktuellem Kenntnisstand die Bindung an ein bestimmtes Fahrzeug nicht möglich sei.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführung der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Konzepts „Umweltfreundliche Taxiflotte“.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen

Zu 22 Mitteilungen der Verwaltung

Folgende Mitteilung der Verwaltung liegt schriftlich vor:

- Sonderzug Köln – Den Haag (NL)

Zu folgenden Themen wird mündlich berichtet:

- Europäische Woche der Mobilität
- Verkehrssicherheit an Aachener Grundschulen, Dialogdisplays

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin

